

andererseits in solchen Stadtteilen Berlins (wie Schöneberg) gewinnen konnte, in denen sich innerhalb der deutschen Bevölkerung ein aufdringlich-protestarisches und anmahnendes Indementum breitmacht. Das ist ein neuer Beweis für die Tatsache, daß am wirksamsten durch den auf nationaler Grundlage ruhenden völkischen Gedanken in die sozialistischen Massen eindringen und eine wachsende deutsche Volkspartei in ein Licht geblendet werden kann. Aber es erübrigt es sich nicht, daß diese Tatsache der Bevölkerung von neuem so fälschlich zur Beweiskraft gebracht wurde, je offensichtlich ist doch das Anstreben dieser Partei als solcher. Denn im Grunde genommen will sie ja dieselbe wie die deutschnationale Volkspartei — von der sie auch ihre namhaftesten Führer erhalten hat — nur doch die den völkischen Gedanken noch empfindlicher vertritt als diese und der Ansicht ist, daß innerhalb der deutschnationalen Volkspartei eine klare und kraftvolle Betonung des völkischen Gedankens gehindert werde. Derselben Ansicht ist auch die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, von der im allgemeinen daselbe zu sagen ist wie von der deutschnationalen Partei, und die eben so von Süddeutschland (München) aus ihren Ausgang genommen hat, wie die deutschnationale Partei in Norddeutschland (Berlin) entstanden ist. Grundrisslich wäre diesen beiden neuen Parteien zu sagen, daß in einer Organisation nichts gebildet wird, wenn man sie verfaßt, sobald einem darin dieses oder jenes nicht gefällt. Denn deutschnationale und Nationalsozialisten glauben, daß von der deutschnationalen Volkspartei der völkische Gedanke und der Kampf gegen die schädlichen Wirkungen des Indements auf allen Gebieten nicht kraftvoll genug in die Erscheinung treten, dann werden sie die Vorherrschaft des Indements nicht brechen, wenn sie sich von der großen deutschnationalen Volkspartei trennen und in kleinen Gruppen gegen das Indement anrufen. Insofern haben sie innerhalb der deutschnationalen Volkspartei zu wirken, daß diese große Partei bereits als härteren Kampfes gegen alle Schäden der Zeit vorangeht, d. h. daß sie nicht nur selbst Mitglieder der deutschnationalen Volkspartei bleiben und neue Mitglieder für diese werben, sondern auch regelmäßig zu den Beratungen und Arbeitssitzungen der einzelnen Ortsgruppen entsenden völkisch gegante und charakteristische Männer und Frauen wählen und in die Parlamentarischen, Stadtvorbereitungs- und Ausschüsse, sowie in die Arbeiter- und Frauenverbände einbringen. Dann werden die noch und nach — es kann das nicht von heute auf morgen geschehen: dazu ist die Macht des Indements zu groß — ihren Willen durchsetzen können, der ja mit dem deutschnationalen Volkspartei in einer Richtung läuft. Deutschland würde ein großes Glück vorwärts kommen, die Stoffkraft des völkischen nationaler Willens würde ein ganz anderes Gewicht erhalten, wenn deutschnationale und Nationalsozialisten ihre Sonderorganisationen aufgeben und in der großen deutschnationalen Volkspartei aufgehen würden. Denn Größe — auch äußerliche Größe — wirkt an sich schon. Hinsichtlich würde auf seine Leistungen nicht die importierte Wirkung ausüben können, wenn der übermäßige Geist dieses Mannes nicht auch in der entsprechenden äußeren Erscheinung sich hätte betätigen können. Und die deutschnationale Volkspartei würde bei den Berliner Wahlen nicht den entscheidenden Erfolg errungen haben, wenn sie nicht schon die große, achtunggebietende Partei gewesen wäre, die sie tatsächlich ist. Man muß sich bei solchen Dingen immer bewußt sein, daß man nicht nur die äußere Erscheinung, sondern auch die inneren Kräfte und den Willen berücksichtigen muß. Die deutschnationale Volkspartei würde bei den Berliner Wahlen nicht den entscheidenden Erfolg errungen haben, wenn sie nicht schon die große, achtunggebietende Partei gewesen wäre, die sie tatsächlich ist. Man muß sich bei solchen Dingen immer bewußt sein, daß man nicht nur die äußere Erscheinung, sondern auch die inneren Kräfte und den Willen berücksichtigen muß.

Das ist es, was die Berliner Stadtverordnetenwahlen den verantwortlichen Stellen ins Gedächtnis rufen müssen. Die Wahlen rufen molten über den Ruf nach rechts in der Bevölkerung seit der Revolution immer stärker und sichtbar geworden ist, wie er jetzt wohl gefühlt hat, daß in der Berliner Verwaltung und Bevölkerung mit der Miswirtschaft und geistigen Verrohung durch die sozialistische Miswirtschaft aufgeräumt werden muß — so hoffen wir außeräuslich, daß er sich im kommenden Frühjahr auch bei den Stadtverordnetenwahlen in Halle zeigen und bewirken wird, daß auch hier — einige Veränderungen eintreten.

Eine Wahlzige der D. D. P.

Am Sonntag, dem Tag der Berliner Wahlen, wurde in den deutschnationalen Zeitungen Berlins folgende Erklärung veröffentlicht:

Trotz der ersten politischen Lage und der Notwendigkeit, alle national politischen Kreise des Bürgeriums und der Arbeiterklasse zusammenzufassen, greift im letzten Augenblicke eine Wahlzige durch Flugblätter nicht mehr möglich ist, die Deutsche Volkspartei zu einer unerhörten Wahlzige gegenüber der deutschnationalen. In einem uns im Original vorliegenden Flugblatt der Deutschen Volkspartei heißt es:

„Die deutschnationalen verlangen von uns, daß wir uns von der Verantwortung drücken sollen und das Vaterland untergehen lassen, daß wir ebenso dastehen wie sie mit den Händen in den Hosentaschen und nur schimpfen.“

Ein beträchtliches Verlangen ist von der deutschnationalen Volkspartei an die Deutsche Volkspartei nie gerichtet worden. Es ist eine bemerkte Lüge, aus Mandatshauer geboren, die die Deutsche Volkspartei hier verbreitet. Die deutschnationale Partei in Groß-Berlin verlangt von der Deutschen Volkspartei ein Zusammengehen aller nationalen Kreise gegen die internationale Sozialdemokratie. Die deutschnationale Volkspartei will ihre Erklärungsbedeutung darin, alles aus, um das Vaterland nicht untergehen zu lassen. Sie will es allerdings im Interesse des Vaterlandes für durchaus erträglich, wenn eine Partei wie die Deutsche Volkspartei von den Berliner Wählern die Duldung erhält, die sie für diese unerhörte Wahlzige verdient.

Wilhelm Kube, Generalsekretär.
 Schriftführer des Wahlzigenkreises Groß-Berlin der deutschnationalen Volkspartei.
 Das letztere ist inaktivisch geblieben.

Die Kartoffelnot
 Eine Regierungserklärung im preussischen Landtag

Die Ausprüche über die Anträge zur Kartoffelversorgung sind fortgesetzt.

Abg. Fische (D. Sp.) begründet seinen Antrag, der die Regierung ersucht, durch Aufklärung der Angelegenheiten entgegenzuwirken durch strenge Grenzkontrollen der Kartoffelverschlebung ins Ausland zu verhindern, die Staatszüge zu erweitern, von den Ausschüssen und rassistischen Gebirgen zu machen, dem Futteramt entgegenzutreten und die Entlastung der Bevölkerung durch die Preisermittlungsmittel aufmerksamer übersehen zu lassen.

Staatsminister Dagebom erklärt: Die Staatsregierung ist bereit, alle Maßnahmen zur Abhilfe des gegenwärtigen Kartoffelnotstandes in der Kartoffelversorgung zu treffen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Preise, die gegenwärtig für Kartoffeln geboten und bezahlt werden, das gesetzlich zulässige Maß bei weitem übersteigen. Die gesetzlichen Bestimmungen gegen den Mißbrauch werden in härtester Form dagegen angewendet werden mit Hilfe der gesamten Polizei. Die Hauptaufgabe an den Preisermittlungsausschüssen besteht darin, die Preisermittlung in Städte, industriellen Unternehmen und Verbrauchersorganisationen, die jeden Preis bieten, auch bei hohen Preisen aus ihre Produktionen sich erheben. (Hört Hört.) Die Regierung hat die Preise der Kartoffeln durch den Verkauf von Kartoffeln im Ganzen, und die Wagonverladung zu verbessern. Das Anlagensystem kann die Regierung nicht einführen. (Sehr richtig! rechts.) Eine einheitliche soziale Höchstpreis durchzuführen, weil die Produktionskosten in den verschiedenen Gebieten verschieden sind, die Zusammenfassung bestimmter Versorgungsgebiete ist nicht durchführbar. Auf den Sommerverhandlungen kann mit der Versorgungsfrage nicht ersehen. Auf eine Verbilligung der Kartoffeln will die Regierung nicht eingehen, weil sie nur dem Handel zugute kommen würde. Eine Preisermittlung für die Futterämter kann die Regierung auch nicht übernehmen. Allen Angelegenheiten über Kartoffelverfügungen ins Ausland wird nachgegangen. Es haben sich aber bisher keine Fälle dieser Art ereignet. (Lachen.) Das Verbot der Kartoffelverfügung ins Ausland wird streng eingehalten werden. Die Ausfuhr sollen strenger überwacht werden als bisher. Die Kartoffelverfügung ins Ausland wird nicht durch den Verkauf der Kartoffeln ins Ausland zu verhindern. Die landwirtschaftlichen Organisationen müssen mehr als bisher auf ihre Mitglieder einwirken, daß sie die Verteilung von Kartoffeln an angemessenen Preisen verhindern. (Hört Hört!) Die Regierung ist bereit, die Preisermittlung zu unterstützen, daß man die Landwirtschaft (Kartoffelbau) für den Wähler verantwortlich macht, aber es geht auch unter den Randvorteilen, die nicht genug verdienen könnten und gegen diese müße entgegen vorgegangen werden. Nur die Verteilung der Kartoffeln ins Ausland ist nicht zu verhindern. Nebenher fordert die Rufe auf, gemeinsam mit der Landwirtschaft nach dem Wege zur richtigen Verteilung zu finden.

Abg. Kanten (D. Sp.) appelliert an die Landwirtschaft, für die großen Antriebsleistungen zu liefern. Die Regierungserklärung könne sich die Sozialdemokratie nicht aufzubedenken, sie lehne jede Verantwortung für die Folgen ab, die in nächster Zeit bestimmt eintreten würden, wenn die Forderung der Preisermittlung nicht durchgeführt werden würde. (Hört Hört! Unabg.) Es ist bringend erforderlich, die gesetzlichen Preisermittlungen durch eine kräftige Erfassung der Wäme und Schlichter auszugleichen.

Abg. Frau Danhoff (Dem.): Gegen den Wähler müße die Politik durch sorgfältige Anträge bei der Polizei führen.

Der Verlust Oberschlesiens
 und die 3. Internationale

Bremen, 20. Oktober.

Die Korrespondenz Nord-West erzählt, daß dieser Tage in Bremen eine beratende Konferenz von Mitgliedern der 3. Internationalen, Section Mittelamerika, stattgefunden hat, in der u. a. der tatsächliche Kampfen der kommunistischen Partei für den Zusammenbruch des Winter- durchgefallenen wurde. Die Teilnehmer einer von der Konferenz abgetrennten Parteiapparates in Nordwestdeutschland wurde anerkannt. Es gelangte ein Schreiben des Moskauer Centralkomitees zur Verfügung, in dem ausgeführt wird, daß der Verlust Oberschlesiens die 3. Internationale in die größte Krise versetzen würde. Die Partei müsse mit allen Mitteln im Sinne der Beschlässe der 3. Internationale ausgenutzt werden. Das Finanzkomitee der Moskauer Internationale hat für die kommunistische Winter- und Frühjahrsbewegung in Deutschland im Januar die Arbeit ins Ausland gestellt. Die Teilnehmer einer von der Konferenz abgetrennten Parteiapparates in Nordwestdeutschland wurde anerkannt. Es gelangte ein Schreiben des Moskauer Centralkomitees zur Verfügung, in dem ausgeführt wird, daß der Verlust Oberschlesiens die 3. Internationale in die größte Krise versetzen würde. Die Partei müsse mit allen Mitteln im Sinne der Beschlässe der 3. Internationale ausgenutzt werden. Das Finanzkomitee der Moskauer Internationale hat für die kommunistische Winter- und Frühjahrsbewegung in Deutschland im Januar die Arbeit ins Ausland gestellt.

Bezeichnung der Oderlinie durch französische Truppen

Otteln, 20. Oktober.

Im Montag wurde in Rakel für etwa 600 Franzosen Quartier gemacht. Ferner sollen etwa 400 Franzosen nach Tornau mit nachkommen. Auch in Großschilf, Rakino und anderen Ortsteilen an der Ober und französischen Grenzlinie werden etwa 50 bis 60 Franzosen als ob die Franzosen die ganze Oderlinie mit Truppen besetzen sollen.

Der Eintritt der Volkspartei in die Regierung

Berlin, 20. Oktober.

Der „Vorwärts“ und die „Presse“ drängen heute sehr die Regierung, daß die Reichstagsopposition die Regierung bilden solle. Die Reichstagsopposition hat den Eintritt in ein Kabinett durch abgelehnt habe. Der „Vorwärts“ will folgen wissen, daß die Entscheidung gegen fünf Stimmen gefallen sei.

Die „Nationalsozialistische Korrespondenz“ stellt demgegenüber fest, daß die Reichstagsopposition die Regierung bilden solle, mit der die Reichstagsopposition in der Regierung bilden solle. Die Reichstagsopposition hat den Eintritt in ein Kabinett durch abgelehnt habe. Der „Vorwärts“ will folgen wissen, daß die Entscheidung gegen fünf Stimmen gefallen sei.

Die „Nationalsozialistische Korrespondenz“ stellt demgegenüber fest, daß die Reichstagsopposition die Regierung bilden solle, mit der die Reichstagsopposition in der Regierung bilden solle. Die Reichstagsopposition hat den Eintritt in ein Kabinett durch abgelehnt habe. Der „Vorwärts“ will folgen wissen, daß die Entscheidung gegen fünf Stimmen gefallen sei.

Schlesische Arbeiter. Gestern morgen ereignete sich auf dem Kattowitzer Bahnhof, während des Durchfahrens des Schienenverkehrs, ein Unglück. Die Schienen wurden durch einen Unfall unterbrochen. Der Unfall ereignete sich, in dem auch nur eine kleine Anzahl der Arbeiter getötet wurde. Die Arbeiter haben sich sehr über den Unfall geäußert. Es hat den Arbeiter als ob die Franzosen die ganze Oderlinie mit Truppen besetzen sollen.

